

Karlsruher Integrationsplan



Karlsruhe
viel vor. viel dahinter.

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Migration in Karlsruhe	6
2.1	Sozialräumliche Verteilung in den Karlsruher Stadtteilen.....	9
2.2	Einbürgerungen.....	10
3	Integrationsplan für Karlsruhe	12
3.1	Beteiligungsprozess	12
3.2	Aufbau, Struktur	13
3.3	Prozesscharakter	14
4	Handlungsfelder	15
4.1	Soziale Partizipation: Bildung, Ausbildung, Erwerbsleben	15
4.1.1	Vorschulische Bildung.....	15
4.1.2	Schulische Bildung.....	17
4.1.3	Übergang Schule – Beruf.....	19
4.1.4	Erwerbsleben	20
4.2	Gesellschaftliche Partizipation: Bürgerschaftliches Engagement und interkulturelle Öffnung der Verwaltung	22
4.2.1	Bürgerschaftliches Engagement	22
4.2.2	Interkulturelle Öffnung der Verwaltung.....	23
4.3	Kulturelle Partizipation: interkulturelle und interreligiöse Begegnung.....	25
4.3.1	Interkulturelle Begegnung	25
4.3.2	Interreligiöse Begegnung	26
4.3.3	Zugang zu Dienstleistungen.....	27
4.4	Gesundheit und Sport	28
4.4.1	Gesundheit.....	28
4.4.2	Sport	29

1 Einleitung

Der vorliegende Integrationsplan ist eine Weiterführung der Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern. In einem kommunalen Integrationsplan werden die Richtlinien für die kommunale Integrationspolitik vorgegeben, da Integration in besonderem Maße auf der kommunalen Ebene gelebt und umgesetzt wird. Hier findet politische Partizipation und Teilhabe am öffentlichen Leben statt.

Das Thema Integration ist zudem ein wichtiges kommunales Anliegen, um den Zusammenhalt und die Solidarität in unserer Stadtgesellschaft zu stärken. Die Weiterführung der Leitlinien ist aber auch sichtbares Bestreben und Auftrag der Stadt Karlsruhe, den gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden: Positives aufzunehmen und negativen Entwicklungen entgegen zu wirken.

Integration ist zudem eine Querschnittsaufgabe, die themenübergreifend alle Bereiche der kommunalen Politikfelder angeht und damit die Partizipation der Karlsruher Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen stärken soll.

Karlsruhe ist eine moderne Stadt der Vielfalt. Seit ihrer Gründung haben hier viele unterschiedliche Menschen unterschiedlichster Herkunft, kultureller Sozialisation und religiöser Überzeugung ihr Zuhause gefunden. Ihre Zuwanderung ist in der Rückschau für die Stadt Bereicherung und Zugewinn gewesen. So muss auch in Zukunft Zuwanderung als Erweiterung kultureller Vielfalt und Öffnung verstanden werden.

Der demografische Wandel und der absehbare Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften bedeuten für die Stadt, will sie ihre Zukunftsfähigkeit als Wirtschaftsstandort sichern, dass die Zuwanderung von spezialisiertem Fachpersonal immanently wichtig ist. Hierzu bedarf es einer deutlichen Willkommenskultur.

In unserer Stadt leben bereits sehr viele gut ausgebildete, erfolgreiche Migrantinnen und Migranten, die mit Blick auf ihren Erfolg und ihrer Stellung in der Gesellschaft berechnete Erwartungen in Bezug auf gesellschaftliche und politische Teilnahme haben. Hier ist die Kommune gefordert, stärker aktiv zu werden und die gleichberechtigte Einbindung aller in die Gestaltung des Gemeinschaftslebens selbstverständlich zu machen.

Es gibt jedoch auch Migrantinnen und Migranten, deren Teilhabechancen gering sind, da sie keinen Bildungs- und Berufsabschluss haben oder die im Herkunftsland erworbene Qualifikation nicht anerkannt ist. Hier gilt es, bedarfsorientierte, geschlechts- und altersspezifische Angebote zu schaffen und umzusetzen, aber auch bestehende Angebote zu vernetzen.

Ein besonderes Augenmerk der Stadt sollte hierbei auf der Erleichterung der Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsausbildung liegen. Ziel ist es, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten, die in unserer Stadt leben zu nutzen und zu fördern.

Den in Karlsruhe lebenden älteren Menschen mit Migrationshintergrund muss mehr Beachtung zukommen. Anhand von nachholender Integration soll ihr Zugang zu sozialen Diensten und Gesundheitsprävention erhöht und Barrieren abgebaut werden.

Der Integrationsplan ist ein wichtiger Schritt, um die gleichberechtigte Teilhabe aller – unabhängig von Herkunft und sozialer Lage oder Geschlecht zu fördern und aktiv gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung anzugehen. Chancengleichheit und Gerechtigkeit wird bei allen Entscheidungen und Maßnahmen - beispielsweise bei der Kindergartenplatzvergabe - gefördert und berücksichtigt.

Mit Hilfe eines breit angelegten Beteiligungsprozesses (s. Kap 3) werden integrationsfördernde Ziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung erarbeitet. Dabei ist ein Anliegen, dass die Angebote und Maßnahmen in erster Linie bedarfsgerecht und geschlechtssensibel und nicht herkunftsorientiert sind.

Gemäß neuerer sozialwissenschaftlicher Studien wie der Sinus-Studie über Migranten-Milieus unterscheiden sich Migrantinnen und Migranten auch innerhalb einer Ethnie hinsichtlich ihrer Wertvorstellungen oder Alltagspraktiken unter Umständen enorm. Dies heißt, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund nicht primär entsprechend ihrer Herkunftsgruppe oder Ethnie differenzieren, sondern sich vielmehr entlang ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Milieus orientieren. Die Milieus spiegeln dabei die unterschiedlichen Wertvorstellungen, Lebenslagen oder Einstellungen, aber auch Ästhetikvorstellungen wider.

Der Studie zufolge verbindet Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund offenbar mehr miteinander als Menschen gleicher Herkunftskultur in anderen Milieus. Die Milieu-Studie verweist somit statt auf statische Kategorien wie „Herkunftskultur“ auf dynamische Konzepte der Lebensführung.¹ Auf Integrationsprozesse bezogen heißt dies, dass es nicht um die Integration „des Migranten“ oder „der Migrantin“ in eine bestehende Gesellschaft geht, sondern vielmehr um die Integration aller in eine sich stets verändernde Gesellschaft.

Anhand des vorliegenden Integrationsplans wird berücksichtigt, dass sich der Integrationsprozess auf mehreren Ebenen vollzieht. Er ist folglich entlang der verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten sozialer, kultureller oder gesellschaftlicher Teilhabe in verschiedene Handlungsfelder gegliedert.

Bevor die einzelnen Handlungsfelder im vierten Kapitel dargestellt werden, wird in Kapitel drei das Vorhaben Integrationsplan unter Berücksichtigung des Beteiligungsprozesses erläutert. Zwei wesentliche Bedeutungen stehen dabei im Vordergrund: Zum einen stellt der Integrationsplan für die Verwaltung selbst eine Grundlage für integrationspolitische Ziele und Maßnahmen dar, zum anderen ist er eine Basis für Bürgerbeteiligung und liefert somit den Rahmen für einen lebendigen Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung, der wiederum aufgrund der regelmäßigen Fortschreibung in das Konzept einfließt.

Zunächst wird jedoch im folgenden Kapitel die örtliche Datenlage unter Berücksichtigung der sozialräumlichen Verteilung, des Anteils der Migrantinnen und Migranten mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie die Zahl der Einbürgerungen beleuchtet.

¹ Anhand der Sinus-Studie über Migranten-Milieus sind acht verschiedene Milieus entlang von Wertorientierungen, Lebensstilen und sozialen Lagen identifizierbar. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. 2009. Migranten-Milieus. vhw-Schriftenreihe 1, Berlin.

2 Migration in Karlsruhe

Knapp ein Fünftel der in Deutschland lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund, das sind rund 15,6 Mio. Personen. Dabei ist die Bevölkerungsgruppe aufgrund der verschiedenen Herkunftsländer oder Wanderungsmotive äußerst heterogen. Die Definition „Menschen mit Migrationshintergrund“ schließt sowohl Menschen mit eigenen Migrationserfahrungen als auch deren in Deutschland geborene Nachkommen, Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländerinnen und Ausländer² mit ein.

Eine allgemein akzeptierte und in den amtlichen Statistiken durchgängig angewandte Definition von dieser Personengruppe gibt es derzeit nicht. Daher basieren Analysen zu Migrationsfragen bisher auf Daten, die vor allem die Staatsangehörigkeit, nicht aber die persönliche oder familiäre Herkunft berücksichtigen.

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt damit bei 19 %. Während sich die Zahl der deutschen Staatsbürgerinnen- und -bürger mit Migrationshintergrund erhöht hat, stagniert die Zahl der Ausländerinnen und -ausländer in Deutschland seit circa 10 Jahren bei 7,2 Millionen.³ Zudem ist anzumerken, dass die Zuwanderung nach Deutschland schrumpft und die Abwanderung steigt.⁴ Unter den Flächenländern hat Baden-Württemberg mit 25 % den höchsten Migrantenanteil, übertroffen nur noch von Hamburg und Bremen mit rund 26 %.⁵

Die Alterspyramide für Deutschland im Jahr 2008 zeigt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den jüngeren Altersstufen am größten ist. So haben inzwischen 34,4 % der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund, bei den Kindern bis zum Lebensalter von zehn Jahren sind es 32,7 %. Auch in der Altersgruppe bis 35 Jahre ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund mit 27,3 % deutlich über ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Dagegen beträgt der Migrantenanteil in der Altersgruppe über 65 Jahre nur 8,5%. Das Durchschnittsalter der Personen mit Migrationshintergrund ist 34,4 Jahre, bei Personen ohne Migrationshintergrund sind es 45,3 Jahre.⁶

² **Ausländer** sind Personen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen oder staatenlos sind bzw. deren Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist. **Nicht** in der Ausländerzahl enthalten sind Personen, die - neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen (dies gilt insbesondere bei Aussiedlern, die neben ihrer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit angeben) - Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen - Lebendgeborene, bei denen nur ein Elternteil Ausländer ist (vgl. auch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1062)). Im Integrationsplan wird der Begriff „Ausländer“ aufgrund der statistischen Sprachregelung übernommen, obwohl der Begriff zwischenzeitlich antiquiert ist.

Zu den **Migrantinnen und Migranten** zählen sowohl Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Ausländer) als auch die Personen, die eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und gleichzeitig anhand der Eintragungen im Einwohnermelderegister (z.B. Geburtsort) einen persönlichen Migrationshintergrund erkennen lassen. Hierzu werden auch deutsche Kinder- und Jugendliche nach dem Optionsmodell gemäß § 29 StAG gerechnet. **Nicht** in der Gruppe der Migranten enthalten sind nach Definition der Kommunalstatistik Personen mit einem (lediglich) familiären Migrationshintergrund (z. B. in Deutschland geborene Kinder von (Spät-)Aussiedlern). Die kommunale Statistik bezieht ihre Daten aus dem Melderegister, weshalb der familiäre Migrationshintergrund hier nicht erfasst werden kann. Der familiäre Migrationshintergrund einer Person kann zum Beispiel über eine direkte Befragung wie den Mikrozensus erhoben werden.

³ Statistisches Bundesamt. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2009. Fachserie 1, Reihe 2, Wiesbaden, 2010. S. 23.

⁴ Bade, Klaus 2009. Von der Arbeitswanderung zur Einwanderungsgesellschaft.

⁵ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

⁶ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung über die Lage von Ausländerinnen und Ausländern

In Karlsruhe leben 10,1 % Deutsche mit erkennbarem persönlichem Migrationshintergrund und 14,5 % der Menschen besitzen keine deutsche Staatsangehörigkeit. Zusammen ergeben dies 24,6 % Migrantinnen und Migranten.⁷ In Zahlen sind dies über 41 000 Menschen aus über 150 Nationen; vertreten sind alle Kontinente.

Herkunftsland	Ausländer zu- sammen	davon			Herkunftsland	Ausländer zu- sammen	davon		
		Männer (18 Jahre u. älter)	Frauen (18 Jahre u. älter)	Kinder unter 18 Jahren			Männer (18 Jahre u. älter)	Frauen (18 Jahre u. älter)	Kinder unter 18 Jahren
Staaten der EU					Argentinien	56	27	25	4
Belgien	123	57	52	14	Bolivien	24	9	13	2
Bulgarien	699	365	292	42	Brasilien	302	83	190	29
Dänemark	47	23	22	2	Chile	62	33	25	4
Estland	41	15	21	5	Haiti	4	3	-	1
Finnland	52	18	30	4	Kanada	86	38	41	7
Frankreich	1.611	774	723	114	Kolumbien	97	40	55	2
Griechenland	832	453	315	64	Mexiko	121	67	51	3
Großbritannien	349	180	147	22	Peru	99	39	54	6
Irland	58	32	18	8	Venezuela	44	27	17	-
Italien	4.214	2.224	1.548	442	Vereinigte Staaten	588	336	208	44
Lettland	73	24	44	5	übr. amerikani- sche Staaten	236	116	106	14
Litauen	218	46	144	28	Amerika	1.719	818	785	116
Luxemburg	164	116	48	-					
Malta	-	-	-	-	Afghanistan	181	84	47	50
Niederlande	243	129	96	18	China (Volks- republ.)	1.268	635	553	80
Österreich	655	311	311	33	Georgien	248	60	154	34
Polen	1.971	752	1.033	186	Indien	421	287	100	34
Portugal	426	191	169	66	Indonesien	196	100	70	26
Rumänien	1.768	888	757	123	Irak	581	313	141	127
Schweden	81	39	32	10	Iran	376	190	155	31
Slowakische Republik	138	46	72	20	Israel	76	35	26	15
Slowenien	63	28	33	2	Japan	177	52	116	9
Spanien	1.008	466	487	55	Jordanien	30	12	15	3
Tschechische Republik	166	59	98	9	Kasachstan	200	85	94	21
Ungarn	569	299	243	27	Libanon	184	136	32	16
Zypern	2	2	-	-	Malaysia	45	30	14	1
EU-Staaten zus.	15.571	7.537	6.735	1.299	Pakistan	266	162	73	31
sonst. europäi- sche Staaten					Philippinen	73	7	60	6
Bosnien- Herzegow.	1.012	442	421	149	Sri Lanka	174	88	57	29
Island	21	9	9	3	Süd-Korea	192	56	110	26
Kroatien	2.262	1.027	1.095	140	Syrien	111	65	35	11
Mazedonien	302	133	119	50	Taiwan (Rep. China)	32	9	22	1
Norwegen	35	15	16	4	Thailand	394	53	307	34
Russland	1.633	548	889	196	Vietnam	350	140	154	56
Schweiz	224	99	113	12	übr. asiatische Staaten	588	277	243	68
Serbien und Montenegro	1.884	759	901	224	Asien	6.163	2.876	2.578	709
Türkei	6.087	2.881	2.467	739					
Ukraine	1.160	422	621	117					

⁷ Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 2011.

Weissrussland übr. europ. Staaten	136	44	72	20					
	593	241	263	89					
Europa	30.920	14.157	13.721	3.042					
Ägypten	70	40	20	10	Australien	71	35	29	7
Äthiopien	72	30	33	9	Neuseeland übr. ozeanische Staaten	20	11	5	4
Algerien	144	102	31	11		4	2	2	-
Eritrea	63	18	38	7	Australien und Ozeanien	95	48	36	11
Ghana	91	35	41	15					
Kamerun	473	271	158	44					
Marokko	349	245	92	12					
Nigeria	128	83	34	11					
Somalia	91	44	23	24					
Tunesien	266	191	68	7	Ohne Angabe	98	54	29	15
übr. afrik. Staaten	410	193	162	55					
Afrika	2.157	1.252	700	205	Insgesamt	41.152	19.205	17.849	4.098

Quelle: Statistisches Jahrbuch Stadt Karlsruhe 2011

Die größte Bevölkerungsgruppe in Karlsruhe stammt mit 6.087 Personen aus der Türkei, gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bzw. dessen Nachfolgestaaten (5.523) und Italienern (4.214). Die Zuwanderinnen und Zuwanderer kommen vor allem aus Europa, hiervon knapp mehr als die Hälfte mit 15.571 Personen aus EU-Staaten.

2.1 Sozialräumliche Verteilung in den Karlsruher Stadtteilen

Bevölkerung mit erkennbarem Migrationshintergrund in Karlsruhe 2010 nach Stadtteilen

Stadtteil	Wohn- bevölkerung	darunter					
		Ausländer		Deutsche mit erkennbarem pers. Migrationshintergrund		Migranten 1)	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
01 Innenstadt-Ost	5.988	1.693	28,3	933	15,6	2.626	43,9
02 Innenstadt-West	9.111	2.347	25,8	708	7,8	3.055	33,5
03 Südstadt	16.505	4.271	25,9	1.779	10,8	6.050	36,7
04 Südweststadt	19.336	2.811	14,5	1.631	8,4	4.442	23,0
05 Weststadt	19.337	3.504	18,1	1.742	9,0	5.246	27,1
06 Nordweststadt	10.950	1.341	12,2	1.281	11,7	2.622	23,9
07 Oststadt	18.527	4.608	24,9	1.669	9,0	6.277	33,9
08 Mühlburg	15.714	3.026	19,3	1.882	12,0	4.908	31,2
09 Daxlanden	11.714	937	8,0	1.167	10,0	2.104	18,0
10 Knielingen	8.862	1.085	12,2	725	8,2	1.810	20,4
11 Grünwinkel	10.234	1.228	12,0	1.001	9,8	2.229	21,8
12 Oberreut	9.689	1.323	13,7	2.288	23,6	3.611	37,3
13 Beiertheim-Bulach	6.594	595	9,0	421	6,4	1.016	15,4
14 Weiherfeld-Dammerstock	6.016	478	7,9	379	6,3	857	14,2
15 Rüppurr	10.151	590	5,8	524	5,2	1.114	11,0
16 Waldstadt	12.291	1.612	13,1	1.684	13,7	3.296	26,8
17 Rintheim	5.546	709	12,8	794	14,3	1.503	27,1
18 Hagsfeld	6.974	793	11,4	977	14,0	1.770	25,4
19 Durlach	29.534	3.997	13,5	2.649	9,0	6.646	22,5
20 Grötzingen	9.238	776	8,4	609	6,6	1.385	15,0
21 Stupferich	2.687	100	3,7	74	2,8	174	6,5
22 Hohenwettersbach	2.866	125	4,4	113	3,9	238	8,3
23 Wolfartsweier	3.160	198	6,3	179	5,7	377	11,9
24 Grünwettersbach	3.991	158	4,0	131	3,3	289	7,2
25 Palmbach	1.685	94	5,6	47	2,8	141	8,4
26 Neureut	16.950	1.635	9,6	1.625	9,6	3.260	19,2
27 Nordstadt	9.398	1.118	11,9	1.443	15,4	2.561	27,3
Stadt Karlsruhe	283.048	41.152	14,5	28.455	10,1	69.607	24,6

1) Ohne in Deutschland geborene Kinder von Bewohnern mit persönlichem Migrationshintergrund.

Quelle: Statistisches Jahrbuch Stadt Karlsruhe 2011

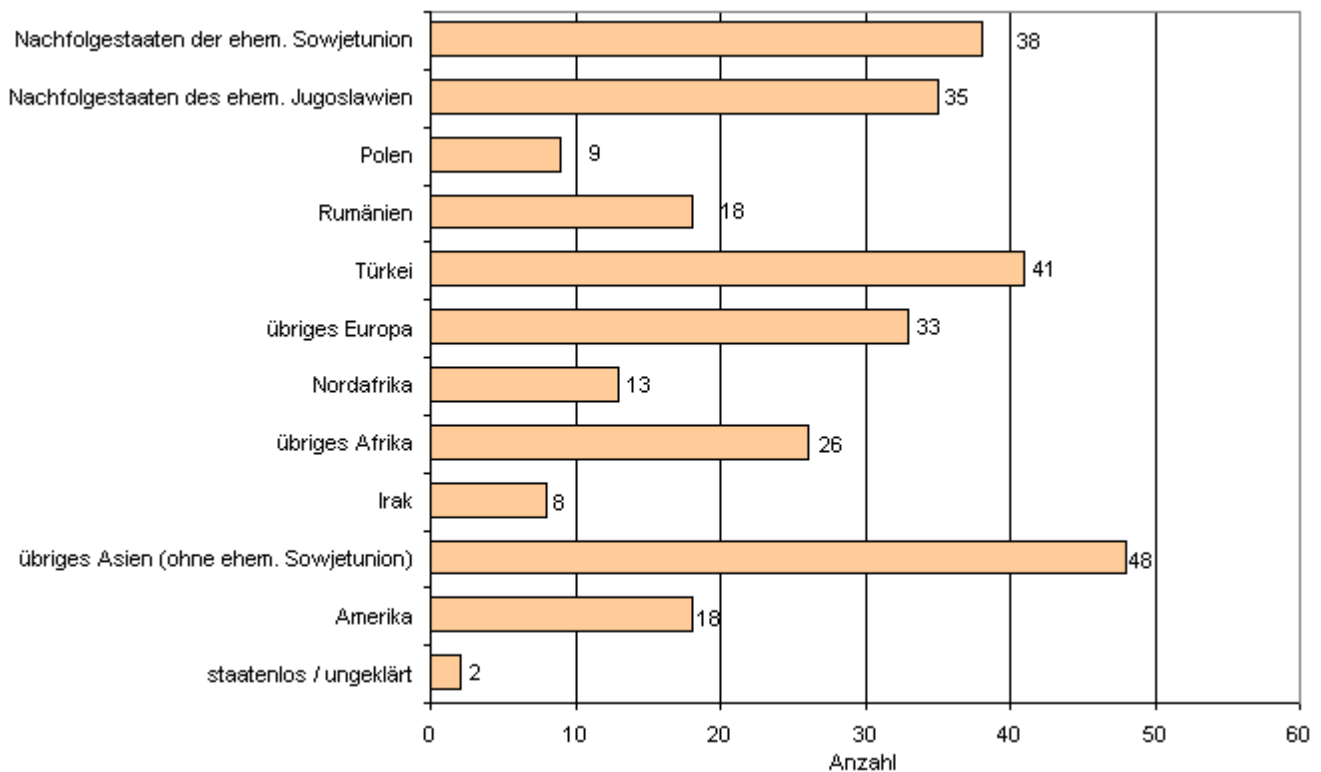
Bezogen auf die Karlsruher Stadtteile ist mit über 28 % der Anteil der **ausländischen Bevölkerung** in der Innenstadt-Ost am höchsten; es folgen mit jeweils rund 26 % die Südstadt und die Innenstadt West. Ebenfalls einen hohen Anteil hat die Oststadt mit fast 25 %. Der gesamtstädtische Durchschnitt beträgt 14,5 %. Deutlich unterdurchschnittlich ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung mit Werten zwischen 3,7 % und 6,3 % in den Karlsruher Höhenstadtteilen.

Den höchsten Anteil an **Deutschen mit Migrationshintergrund** weist mit 23,6 % Oberreut auf; in der Innenstadt-Ost und in der Nordstadt wohnen knapp über 15 % Deutsche mit Migrationshintergrund. Der städtische Durchschnittswert liegt bei 10,1 %.

Insgesamt leben in der Innenstadt-Ost fast 44 % **Migrantinnen und Migranten**, gefolgt von Oberreut mit 37,3 % und von der Südstadt mit 36,7 %. Der gesamtstädtische Durchschnitt liegt bei 24,6 %. Nur in vier Stadtteilen beträgt der Anteil unter 10%.

2.2 Einbürgerungen

Herkunftsgebiete der eingebürgerten Personen in Karlsruhe 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Die Zahl der Einbürgerungen ist seit 2006 kontinuierlich zurückgegangen:

Im Jahr 2006 bürgerten sich 531 Personen ein, 2007 waren es 381, 389 Einbürgerungen gab es im Jahr 2008 und 2009 wurden 333 Personen eingebürgert. Im Jahr 2010 ließen sich insgesamt 289 Personen einbürgern, die meisten davon (48) aus Asien (ohne ehemalige Sowjetunion) und aus der Türkei (41), gefolgt von 38 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und 35 aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Fast die Hälfte der Eingebürgerten, d.h. 48,8 % ist zwischen 18 und unter 25 Jahre alt⁸, knapp ein Viertel (24,2 %) befindet sich in der Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen.⁹

Die Einbürgerung ist ein bedeutender Schritt für die Integration in unsere Gesellschaft. Sie bedeutet das Ausüben des aktiven und passiven Wahlrechts, d.h. die volle Teilhabe an den Bürgerrechten. Die Einbürgerung von Menschen aus verschiedenen Ländern bereichert Karlsruhe, macht es vielfältiger, offener und stärker. Dabei trägt eine hohe Zahl an Einbürgerungen zur besseren und langfristigen Integration von Zugewanderten bei. Allerdings gelingt Integration nicht alleine durch die Zuer-

⁸ Optionsdeutsche, d.h. Kinder und Jugendliche, die sich bis spätestens zur Vollendung des 23. Lebensjahres zwischen der deutschen und einer anderen Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, werden nicht zu den Einbürgerungen gezählt.

⁹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 2011.

kennung eines Aufenthaltstitels oder durch Einbürgerung. Eine richtig verstandene Integration muss darüber hinaus Identität, ein gemeinsames „Wir -Gefühl“, stiften.

Eingebürgerte weisen oftmals einen höheren Bildungsabschluss und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt auf als ausländische und deutsche Gleichaltrige. Da Eingebürgerte aber statistisch als Deutsche erfasst werden, blieben diese Integrationserfolge lange verdeckt.¹⁰

¹⁰ Bade, Klaus 2009. Von der Arbeitswanderung zur Einwanderungsgesellschaft.

3 Integrationsplan für Karlsruhe

Ein kommunaler Integrationsplan verfolgt das Ziel, zentrale Vorstellungen für ein friedliches Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in einem Gesamtkonzept zusammenzufassen und bei diesem Prozess in möglichst großem Umfang Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gleichermaßen zu beteiligen.

Der Integrationsplan für Karlsruhe basiert auf dem Nationalen Integrationsplan, dem Integrationsplan des Landes sowie auf den Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die der Gemeinderat am 23.09.2008 beschlossen hat. Bereits mit den Leitlinien hat die Stadt Karlsruhe das Ziel vorgegeben, unter Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten die Grundlagen für eine gelingende Integration zu schaffen.

Der Karlsruher Integrationsplan wurde gemeinsam mit dem Arbeitskreis Migrationsbeirat erarbeitet.

3.1 Beteiligungsprozess

Auf Grundlage der eher allgemein formulierten Leitlinien, fokussiert der Integrationsplan auf die Entwicklung konkreter Ziele und Maßnahmen, welche die künftige Integrationsarbeit vor Ort steuern sollen. Der Integrationsplan umreißt daher im Wesentlichen konkrete Handlungsvorschläge für Karlsruhe, die in einem breiten Beteiligungsprozess stets weiter entwickelt und vertieft werden und auf kommunaler Ebene realisierbar sind. Beteiligte, die im Rahmen der Umsetzung mitwirken sind unter anderem der Arbeitskreis Migrationsbeirat, Migrantinnen und Migranten, Migrantenselbstorganisationen, städtische Ämter, Vereine, ehrenamtlich Tätige sowie alle am Prozess Interessierte.

Die direkte Beteiligung bei der Erarbeitung des Integrationsplanes, insbesondere bei der Formulierung von Zielen und Maßnahmen, ist eine wichtige Voraussetzung, Integrationspolitik zu einem gemeinsamen Thema von Bürgerschaft und Verwaltung zu machen und die Vielstimmigkeit der Stadtgesellschaft zu repräsentieren.

Im Februar 2012 wurde der Entwurf Integrationsplan mit den städtischen Ämtern abgestimmt. Anschließend erfolgte die Vorstellung des Konzepts einer breiten Öffentlichkeit. In dieser Auftaktveranstaltung wurde für die die Beteiligung zur Weiterentwicklung des Konzepts geworben. Ende März 2012 haben sich Bürgerinnen und Bürger in themenbezogenen und moderierten Arbeitsgruppen an der inhaltlichen Ausgestaltung des Karlsruher Integrationsplans beteiligt, um Ziele, Indikatoren und Maßnahme gemeinsam zu erarbeiten.

Durch den Austausch der Personen und Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund sowie der Institutionen wurde zudem ein wichtiger interkultureller Dialog und Meinungsbildungsprozess angeregt.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sind nun in das vorliegende Konzept eingearbeitet und wiederum mit dem Arbeitskreis Migrationsbeirat sowie den städtischen Ämtern abgestimmt.

3.2 Aufbau, Struktur

Der Integrationsplan ist in folgende vier **Handlungsfelder** gegliedert:

- Soziale Partizipation: Bildung, Ausbildung, Erwerbsleben
- Gesellschaftliche Partizipation: Bürgerschaftliches Engagement und interkulturelle Öffnung der Verwaltung,
- Kulturelle Partizipation: interkulturelle und interreligiöse Begegnung,
- Gesundheit und Sport.

Die Handlungsfelder beschreiben Lebensbereiche und / oder kommunale Aufgaben, die zum Teil auch die Mehrdimensionalität¹¹ von Integrationsprozessen widerspiegeln, denn Integration zielt auf die Partizipation am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ab. Jedes Handlungsfeld verfolgt eine wesentliche Zielsetzung. Daher wurde für jedes Handlungsfeld im Rahmen des Beteiligungsprozesses ein konkretes Ziel priorisiert.

Die **Ziele** repräsentieren dabei, was die Stadt Karlsruhe auf Grundlage der Handlungsfelder integrationspolitisch jeweils erreichen möchte. Folglich wurden möglichst konkrete, umsetzbare Ziele für die einzelnen kommunalen Handlungsfelder erarbeitet.

Um die Ziele messen zu können sind **Indikatoren** benannt. Diese geben darüber Auskunft, ob ein Ziel erreicht wurde bzw. welcher Stand zu einem vorgegebenen Zeitpunkt erreicht ist und woran der gewünschte Zielerreichungsgrad gemessen werden soll.

Schließlich wurden - ebenfalls unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger - **Maßnahmen** zur Umsetzung der Ziele formuliert.

Da Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, ist bei der Umsetzung des Integrationsplanes eine starke **Vernetzung** mit den beteiligten Gruppen der Zivilgesellschaft wichtig. Geplant sind themenspezifische Netzwerke mit wichtigen Organisationen und Institutionen, Fachämtern, Vereinen und Verbänden, Arbeitgebern und Arbeitsverwaltung und insbesondere Initiativgruppen sowie Migrantenselbstorganisationen.

Neben der Entwicklung und Fortschreibung von Zielen und Maßnahmen bedarf es der **Berichterstattung** an die zuständigen Gremien und der **Wirksamkeitskontrolle**. Daher sind in Bezug auf die Ziele und die Handlungsfelder regelmäßig Daten zu erheben, die einen Abgleich des jeweils erreichten Ist-Zustandes mit den angestrebten Zielen ermöglichen.

Der Integrationsplan versteht sich in diesem Sinne als ein Konzept, das den politischen Willen des Gemeinderates und der Verwaltung beschreibt, die Bedingungen und Ziele der Karlsruher Integrationspolitik und des städtischen Handelns abbildet und einen Rahmen für die Vernetzung der öffentlichen, institutionellen und zivilgesellschaftlichen Organisation vorgibt.

¹¹ Friedrich Heckmann unterscheidet analytisch folgenden Dimensionen von Integration: strukturelle Integration, kulturelle Integration, soziale Integration und identifikatorische Integration; in: *Bedingungen erfolgreicher Integration* 2005.

3.3 Prozesscharakter

In Karlsruhe wird besonderer Wert darauf gelegt, dass der Integrationsplan nicht statisch ist, sondern sich in den kommenden Jahren durch ein Monitoring der Maßnahmen dem Bedarf und der Entwicklung in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen und gesellschaftlichen Fragestellungen kontinuierlich anpassen wird. Der vorliegende Integrationsplan wird deshalb im Zwei-Jahres-Rhythmus fortgeschrieben. Vorgesehen ist dabei die Einbindung aller Beteiligten bei der Entwicklung von Handlungskonzepten, ihrer Kontrolle, bei der Berichterstattung an den Gemeinderat und seine Gremien sowie bei der Formulierung weiterer Ziele.

Gesteuert wird dieser Prozess durch den Migrationsbeirat und seinen Arbeitskreis.

4 Handlungsfelder

Integration ist ein andauernder Prozess. Daher ist es wichtig, dass Integrationsmaßnahmen auf Dauer angelegt sind. Es bedarf vor allem einer gezielten Planung sowie Maßnahmen, die die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen.¹²

Um ihre Teilhabemöglichkeiten zu erhöhen, sollten die Integrationsmaßnahmen auf Menschen mit geringeren Partizipationschancen zugeschnitten werden, wie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aus so genannten bildungsfernen Familien, Frauen und Erwerbslose.

4.1 Soziale Partizipation: Bildung, Ausbildung, Erwerbsleben

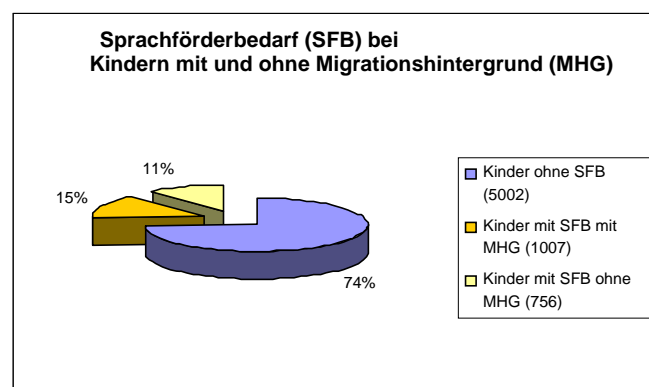
Die Beherrschung der deutschen Sprache ist - unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft - Voraussetzung, um sich gesellschaftlich integrieren zu können und die Teilhabechancen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Ausbildung, Beruf und Arbeitsmarkt zu verbessern.

4.1.1 Vorschulische Bildung

Ausgangslage

Gemäß Nationalem Integrationsplan ist die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund an Kindergärten um 9 % niedriger als bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Dort ist auch empirisch belegt, dass der Besuch einer Kindertageseinrichtung von mehr als einem Jahr bei Kindern aus benachteiligten Milieus und Kindern mit Migrationshintergrund positive Effekte für den späteren Schulerfolg hat. Daher ist ein Ziel, die Betreuungsquote von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund anzugleichen bzw. die Quote der Kinder mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Laut Ergebnis einer Umfrage zum Stand der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen der Stadt Karlsruhe aus dem Jahr 2011 benötigen 26 % der Kinder im Vorschulalter Sprachförderung. Davon sind 40 % der Kinder ohne Migrationshintergrund. Daher sollte das Sprachförderangebot bedarfsgerecht sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgebaut und unter Einbezug der Eltern umgesetzt werden.



Quelle: Büro für Integration 2011

¹² Es ist anzumerken, dass bislang keine kommunale multivariable Statistik vorliegt, die z.B. auf Geschlechterdifferenzierung sowie Alter und Bildungshintergrund von Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert. Diese Daten könnten als Grundlage dienen, um einen konkreten Handlungsbedarf aufzuzeigen, beispielsweise hinsichtlich des Bedarfs an Angeboten zur Verbesserung der Qualifikationsstruktur und damit der Arbeitsmarktchancen von Personen mit Zuwanderungsgeschichte.

Ziel

Effektive Sprachförderung bereits in den Kindertagesstätten unter Einbeziehung der Eltern.

Indikatoren

- Erfolgreiche Sprachstandsdiagnose
- Mehr Eltern begleiten den vorschulischen Bildungsweg ihrer Kinder
- Mehr interkulturell geschultes Personal in Kindertagesstätten mit hohem Migrantenanteil; interkulturelle Öffnung und Schulung aller Erzieher/-innen, regelmäßige verpflichtende Teilnahme an Teamfortbildungen, jedoch nicht nur im Bereich der Sprachförderung, auch im Bereich der interkulturellen Erziehung
- Mehr Kinder mit Migrationshintergrund besuchen regelmäßig die Kita; die Quote von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ist angeglichen
- Die Anzahl der Kinder mit Schulreife erhöht sich

Mögliche Maßnahmen

- In das Konzept der Sprachförderung sind Eltern aktiv durch gezielte Angebote einzubeziehen. Die Sprachförderung wird von qualifiziertem Personal ausgeführt und fest im Kindergartenalltag implementiert. Die Zahl der Mitarbeitenden mit Zusatzqualifikation Sprachförderung wird erhöht
- Sprachliche Förderung, indem Kinder spielerisch zum Sprechen gebracht werden
- „Lesen & Lesen lassen“: Karlsruher Studierende des Interkulturellen Studiengangs bieten Lesepatenschaften für Kinder; dies wird als Studienleistung anerkannt
- Weiterentwicklung des städtischen Richtlinienentwurfs zur Sprachförderung
- Patenschaften zwischen Kindergärten und Migrantenvereinen
- Mehr Personal mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten mit hohem Migrantenanteil
- Aufsuchende Familienbildungsangebote
- Niederschwellige Elternberatung in Bildungsfragen (Eltern-Berater-Programm)
- Die Kindertagesstätten sollten sich auf ein Sprachförderkonzept einigen
- Angebot von interkulturellen Programmen im Kindergarten, mit dem Ziel, verschiedene Kulturen und Sprachen kennen zu lernen
- Regelmäßigen Kindergartenbesuch fördern
- Übersicht über bestehende Angebote, Vereine, Institutionen
- Netzwerkarbeit (Kita, Kinderärzte, Elternvereine, öffentliche Einrichtungen...) zur Herstellung von Transparenz und Effektivität

Strukturen und Netzwerke

Elternvertretungen, Schulverwaltung, Träger von Kindertageseinrichtungen, Jugendamt, Migrantenvertretung und Migrantenvereine, Badisches KONServatorium, Pädagogische Hochschule

Berichterstattung, Controlling

Migrationsbeirat, Jugendhilfeausschuss und Gemeinderat

4.1.2 Schulische Bildung

Unterschiede in Bildungserfolgen und beruflicher Mobilität sind vor allem auf Soziallagen, aber auch auf soziokulturelle Milieus und herkömmliche Traditionen zurück zu führen und nicht primär auf ethnische Herkunft.¹³ Daher kann Integration nur gelingen, wenn soziale Mobilität möglich ist.

Ausgangslage

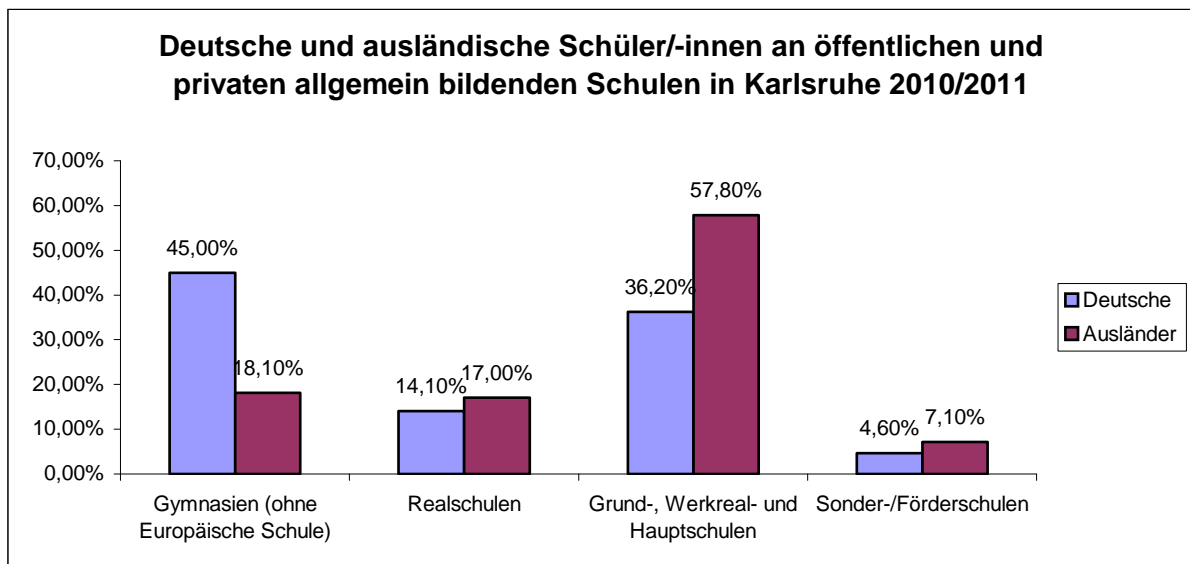
- Ausländische Jugendliche verlassen mehr als doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss wie deutsche Jugendliche (2007: 16 % vs. 6,4 %).
- Deutsche Jugendliche erreichen rund drei Mal so häufig die Hochschulreife (2007: 30 % vs. 11 %)
- Überproportional viele ausländische¹⁴ Jugendliche bleiben ohne Berufsabschluss (2007, junge Menschen im Alter von 25 bis 34 Jahren: 39,4 % vs. 11,8 %).¹⁵

In Karlsruhe ergibt sich für das Schuljahr 2010/2011 folgendes Bild:

Während 45 % der deutschen Jugendlichen das Gymnasium besuchen, sind es mit 18,1 % weit weniger als die Hälfte der ausländischen Jugendlichen.

Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schülern an Grund-, Werkreal- und Hauptschule beträgt 57 %; hingegen beträgt der Anteil bei den Deutschen nur 36,2 %. Was den Besuch der Realschule betrifft, divergiert der Anteil nicht so stark: Bei den Deutschen beträgt dieser 14,1 %, bei den Ausländern sind es 17 %.

Die Sonder- bzw. Förderschule besuchten 4,6 % der deutschen und 7,1 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler.



Daten: Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 2011

¹³ Bade, Klaus 2009. Von der Arbeitswanderung zur Einwanderungsgesellschaft.

¹⁴ In Ermangelung von statistischen Erhebungen zu Deutschen mit Migrationshintergrund können diese nicht dargestellt werden.

¹⁵ „Potenziale erschließen, Integration fördern. Mehr Bildung und Ausbildung für Jugendliche aus Zuwandererfamilien!“ Erklärung der Partner des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland der Bundesagentur für Arbeit, der Kultusministerkonferenz und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2011

Ziel

Chancengleichheit im Bildungssystem unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft und Geschlecht.

Indikator

- Gleiche Verteilung von Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund auf allen Schulen
- Die Quote der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund ist in zwei Jahren deutlich verringert
- Erhöhung der Zahlen (absolut und prozentual) der außerschulisch geförderten Migrantenschüler/-innen unter Einbeziehung ihrer Eltern (Sprache und Bildungsberatung)

Mögliche Maßnahmen

- „Von den Großen lernen“: Schulübergreifende Fördermaßnahme durch Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe als soziales Projekt im Fach Deutsch.
- Unterstützung bei der Hausaufgabenbetreuung: Hausaufgabenbetreuung mit Sprachförderung
- Intensive Elternarbeit; dafür werden Elternmentoren ausgebildet, die beraten und begleiten
- Kampagne zur Aufklärung und Information der Migranteltern. Themen könnten u.a. sein: Das deutsche Bildungssystem oder Bedeutung der Hausaufgabenbetreuung.
- Interkulturell ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen, die als Schullotsen fungieren
- Projekte zum Nachholen des Hauptschulabschlusses
- Projekte zur Persönlichkeitsfestigung
- Identifizierung von Förderbedarfen (durch Lehrer, Eltern...), Unterstützung in Zusammenarbeit mit Fördereinrichtungen und BfI/SJB (Schulsozialarbeit)
- Erkennung und Förderung von Hochbegabung bei Kindern mit und ohne Migrationshintergrund
- Einführung einer differenzierten Schulstatistik zum Migrationshintergrund
- Internationale Vorbereitungsklasse als Modellversuch an einem Gymnasium und an einer Realschule
- Erhöhung der außerschulischen Deutschförderung (Deutsch als Fremdsprache; Deutsch als Zweitsprache)
- Ausbau der Schulsozialarbeit, u.a. mit Schwerpunkt Integration
- Erstellen einer Infobroschüre mit Überblick über Angebote zum Thema Schule und Integration
- Interkulturelle Kompetenz vermitteln (Maßnahmen für Lehrer/-innen und Eltern)
- Interkulturell ausgebildete Schülerlotsen
- Netzwerk Migration gründen - regelmäßige Netzwerktreffen

Strukturen und Netzwerke

Staatliches Schulamt, Schul- und Sportamt, Migrationsbeirat, Beratungsstellen, Migrantenvereine mit eigenen Projekten aus diesem Bereich, Gesamtelternbeirat, pädagogische Fachkräfte, Pädagogische Hochschule, AG Übergang Schule/Beruf

Berichterstattung, Controlling

Migrationsbeirat, Jugendhilfeausschuss, Schulbeirat und Gemeinderat

4.1.3 Übergang Schule – Beruf

Ausgangslage

Laut Nationalem Integrationsplan weisen Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund eine geringere Ausbildungsbeteiligung gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund auf. Das erschwert ihnen den Übergang in eine berufliche Ausbildung. Zudem resultiert ein deutlich niedrigeres berufliches Bildungsniveau.

Ziel

- Erhöhung der Ausbildungsreife für Jugendliche mit Migrationshintergrund, dadurch Verbesserung der Übergangsquoten von Migrantenjugendlichen in ein Ausbildungsverhältnis, Verbesserung der Berufsorientierung

Indikator

- Angleichung der Ausbildungsquote von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund

Mögliche Maßnahmen

- Gütesiegel für interkulturelle Kompetenz für Schule, Verwaltung und Wirtschaft
- Ausbildungsplatzbörse
- Die Bildungsberatung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und deren Eltern wird organisiert, gebündelt und gefördert.
- Die Kommune stellt Ausgleichsangebote bereit, um Chancengleichheit zu schaffen und damit die gesellschaftliche und berufliche Integration junger Menschen zu ermöglichen.
- Sprachförderung mit Berufsorientierung
- Angebote zur ausbildungsorientierten Elternarbeit
- Partnerschaftsinitiativen unter Einbeziehung Karlsruher Unternehmen und Kammern sowie der Bildungsträger
- Der Bewerbungsprozess von Jugendlichen wird geschult und begleitet
- Seminarangebote „Interkulturelle Kommunikation“ für Firmen von Arbeitsagentur/ Stadt
- Die Stadt organisiert Werbung mit Vorbildern
- Stadt unterstützt weiterhin Ausbildung in Migrantenunternehmen
- Verbesserung der Berufsorientierung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter Einbeziehung der Eltern

Strukturen und Netzwerke

Staatliches Schulamt, Schul- und Sportamt, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Migrationsbeirat, Migrantenvereine mit eigenen Projekten aus diesem Bereich, Agentur für Arbeit, Berufseratung, Jobcenter, Jugendmigrationsdienst, Berufsschulen, Arbeitsförderungsbetriebe, Stadtjugendausschuss

Berichterstattung, Controlling

Migrationsbeirat, Jugendhilfeausschuss

4.1.4 Erwerbsleben

Integration gelingt am besten dort, wo Menschen aus Zuwandererfamilien aktiv im Erwerbsleben stehen. Migrantinnen und Migranten sind strukturell integriert, wenn sie gleichberechtigten Zugang zu Positionen am Arbeitsmarkt haben.

„Eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktintegration ist sowohl aus sozial- und gesellschaftspolitischer wie aus volkswirtschaftlichen Gründen dringend geboten“.¹⁶

Ausgangslage

Nach aktueller Datenlage¹⁷ liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Karlsruhe im erwerbsfähigen Alter, das sind Personen zwischen 18 und 65 Jahren bei 17,6 %. Dieser Anteil ist seit 2003 relativ konstant.

Hier: Tabellen evtl. Grafik: aktuelle Zahl der arbeitslosen ausländischen Bevölkerung in Karlsruhe

Ziel

- Die Stadt Karlsruhe begleitet und fördert die zu erwartende Internationalisierung der Bevölkerung und damit auch der Arbeitskräfte vor Ort aktiv und leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Karlsruhe
- Deutsche und Zuwanderer haben gleiche Beschäftigungschancen bei gleicher Qualifikation

Indikator

- Angleichung der Beschäftigungsquoten zwischen Deutschen und Zuwanderern

Mögliche Maßnahmen

- Beratung bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
- (Nach-)Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten
- Seminare werden durchgeführt wie z.B. Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag, Kündigung, etc. (niederschwellige Angebote im Bereich der Rechtskenntnisse)
- Modellversuch starten zum anonymisierten Bewerbungsverfahren (Wirtschaft und Verwaltung)
- Aufklärung der Eltern über Ausbildungswege
- Die Stadt finanziert höherwertige Deutschsprachkurse
- Kinderbetreuung für aus- und weiterbildungswillige Migrantinnen
- Netzwerke schaffen zur umfassenden Anerkennung beruflicher Qualifikation

Strukturen und Netzwerke

Agentur für Arbeit, Berufsberatung, Jobcenter, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Migrationsbeirat, Migrantenvereine mit eigenen Projekten

¹⁶ Nationaler Integrationsplan

¹⁷ Amt für Stadtentwicklung 2011 AH/R 1228; S. 6

aus diesem Bereich, Verwaltung, Betriebe, regionale Interessensgemeinschaften, Arbeitsförderungsbetriebe, Volkshochschule Karlsruhe

Berichterstattung, Controlling

Migrationsbeirat, Sozialausschuss, Aufsichtsrat Arbeitsförderungsbetriebe

4.2 Gesellschaftliche Partizipation: Bürgerschaftliches Engagement und interkulturelle Öffnung der Verwaltung

4.2.1 Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement stellt eine wichtige Grundlage für die Identifikation mit dem Gemeinwesen, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung auf allen politischen Ebenen dar. Damit ist bürgerschaftliches Engagement auch eine wichtige Komponente im Integrationsprozess.

Vor allem gemeinsames bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördert die gegenseitige Akzeptanz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bürgerschaftliches Engagement sollte daher mit dem Ziel einer verstärkten Beteiligung der Migrant*innenvertretungen unterstützt werden.

Ziel

Menschen mit Migrationshintergrund sind angemessen an Willensbildungsprozessen, z.B. bei der Stadtteilentwicklung, Elternvertretung, Bürgervereinen etc. beteiligt

Indikatoren

- Menschen mit Migrationshintergrund sind in Verbänden und Vereinen vertreten
- Vereine sind interkulturell geöffnet
- Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund sind in politischen Gremien vertreten
- Menschen mit Migrationshintergrund sind entsprechend ihres Bevölkerungsanteils angemessen an Willensbildungs- und Beteiligungsprozessen vertreten
- hohe Delegiertenbeteiligung bei Wahl des Migrationsbeirats
- Schulungen und Fortbildungen im Bereich bürgerschaftlichen Engagements werden von Menschen mit Migrationshintergrund angenommen
- Öffentlichkeitsarbeit findet statt

Mögliche Maßnahmen

- Einsatz von Stadtteilmüttern als Multiplikatorinnen
- Gewinnung und Einsatz von Migrantinnen und Migranten als Botschafter
- Integrationspreis für Jugendliche ausloben
- Im Leitbild der Vereine sind Menschen mit Migrationshintergrund adäquat berücksichtigt
- Optimierung der Informationen über Wahl des Migrationsbeirats
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund
- Konzept erstellen, um Austausch und Begegnung der Vereine (auch Migrantenvereine) zu fördern
- erneute Befragung hinsichtlich bürgerschaftlichen Engagements unter Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund
- Interkultureller Kongress/ interkulturelles Festival
- Weiterführung des Projekts Ausbildung von Bürgermentoren für Integrationsarbeit/-projekte
- Stärkere interkulturelle Öffnung von Bürgervereinen
- Bildung von Netzwerken

Strukturen und Netzwerke

Migrationsbeirat, Migrantenselbstorganisationen, Aktivbüro, Bürgervereine, Internationales Begegnungszentrum, Volkshochschule Karlsruhe

Berichterstattung, Controlling

Sozialausschuss, Migrationsbeirat

4.2.2 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Gemäß Nationalem Integrationsplan sollen alle Bevölkerungsgruppen angemessen vertreten sein und hinsichtlich ihrer Belange kompetent unterstützt werden. Ein Beitrag hierzu kann über die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Institutionen geleistet werden. Das bedeutet, dass alle Konzepte bzw. Produktbeschreibungen Aussagen zu einer interkulturellen Orientierung und Öffnung der Einrichtung zu treffen haben. Interkulturelle Öffnung, verstanden als Querschnittsaufgabe für die Gesamtverwaltung, zielt darauf ab, Qualitätsstandards zu setzen, an denen die Angebote gemessen werden und an denen überprüft werden kann, ob Einrichtungen und Ämter der Tatsache der Migrationsgesellschaft entsprechen.

Punktuelle Maßnahmen wie z.B. die Einstellung vereinzelter Migrantinnen und Migranten, externe Fortbildungen in interkultureller Kompetenz oder die Schaffung von Beauftragtenstellen ohne Leitungskompetenzen können zu einer Verbesserung beitragen, sind aber unzureichend, um dem Anspruch der interkulturellen Öffnung gerecht zu werden.

Ausgangslage

Da es keine kommunale Statistik bzgl. des Anteils an Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung gibt, wird im Folgenden die Zahl der ausländischen Beschäftigten dargestellt.

Beschäftigte in der Stadtverwaltung Karlsruhe (Stand 31.12.2010)

	Anzahl
Beschäftigte insgesamt (ohne Auszubildende)	5 703
darunter Frauen	2 920
darunter Ausländer insgesamt	286
darunter Frauen	139

Quelle: Personal- und Organisationsamt Stadt Karlsruhe

Auf die Gesamtanzahl der Beschäftigten bezogen sind 95 % Deutsche und 5 % Ausländer; dies entspricht einem Anteil von 2,4 % an ausländischen Frauen und 2,6 % an ausländischen Männern. Das Geschlechterverhältnis ist insgesamt ausgewogen.

Ziel

Strukturelle Verankerung der interkulturellen Öffnung in Leitbildern, Konzepten, Selbstverständnis, Personalpolitik, mit dem Ziel, dass Zugangsbarrieren abgebaut sind.

Indikatoren

- Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund proportional zum Anteil an der Gesamtbevölkerung
- Schulungen im Bereich interkulturelle Kompetenz werden angenommen

Mögliche Maßnahmen

- Entwicklung und Koordinierung von Konzepten und Strategien zur Interkulturellen Öffnung (z. B. bei Stellenschaffungen, Fortbildungen)
- Personalentwicklungskonzept unter Einbezug von Menschen mit Migrationshintergrund
- Interkulturelle Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeitende in der Verwaltung
- Hinweis in allen Stellenausschreibungen der Stadt Karlsruhe, dass Menschen mit Migrationshintergrund willkommen sind; es werden anonymisierte Bewerbungen eingeführt
- Vermittlung von Fachwissen und Methoden zur Reflexion der beruflichen Praxis sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Wegweiser, Verfahren und Entscheidungen werden transparent, bürgernah und verständlich vermittelt.
- Interkommunaler Vergleich: Best practice Beispiele in Bezug auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle
- Migrantinnen und Migranten wird es möglich gemacht Dienstleistungsangebote wahrzunehmen
- Prüfstelle für die vorgeschlagenen Maßnahmen
- Prüfung einer Ausweitung der Dolmetscherdienste der Stadtverwaltung
- Paten für neue Mitarbeiter/-innen in der Stadtverwaltung
- In Karlsruhe gibt es eine Stelle zur Beratung über ausländische Abschlüsse (Ausbau)
- In den Ausschüssen des Gemeinderats wie z.B. Sozial- und Jugendhilfeausschuss wird darauf geachtet, dass die Sachkundigen Einwohner/-innen die kulturelle und religiöse Vielfalt der Karlsruher Bevölkerung widerspiegeln.
- gemeinsamer Fachtag von PH und AK Migrationsbeirat zur interkulturellen Öffnung

Strukturen und Netzwerke

Gleichstellungsbeauftragte, Institutionen und Verbände, Personalverwaltungen, Migrantvertretung und Migrantenvereine, Bürgervereine

Berichterstattung, Controlling

Personalausschuss, Migrationsbeirat und Gemeinderat

4.3 Kulturelle Partizipation: interkulturelle und interreligiöse Begegnung

Kultur ist eine wesentliche Grundlage unseres Zusammenlebens und verbindet Menschen unterschiedlicher Herkunft. Dabei ist der angemessene Umgang mit kultureller Vielfalt eine notwendige und von vielen noch zu erlernende Kompetenz.¹⁸ Religiosität und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft prägen u. a. die kulturelle Identität eines Menschen und tragen zu seiner Beheimatung bei.

4.3.1 Interkulturelle Begegnung

Ausgangslage

In Karlsruhe existiert bereits seit 1995 ein internationales Begegnungszentrum zum Austausch der Kulturen. Von ihm gehen wichtige Impulse aus. Darüber hinaus bestehen ca. siebzig aktive Migrantenvereine. Auch das Büro für Integration und das Kulturamt fördern den interkulturellen Dialog. In anderen Kultureinrichtungen sind Menschen mit Migrationshintergrund jedoch noch deutlich unterrepräsentiert.

Ziel

Interkulturelle Öffnung und Vernetzung der vorhandenen öffentlichen und privaten Einrichtungen

Indikatoren

- Erhöhung des Migrantenanteils sowohl der Besucherinnen und Besucher von Kultureinrichtungen als auch der Akteure
- Ein fester Ansprechpartner in der Stadtverwaltung ist bei den verantwortlichen Akteuren bekannt, das Kommunikations- und Informationssystem funktioniert weitgehend störungsfrei.
- Fremdenfeindlichkeit geht zurück
- Jugendliche Kriminalität geht zurück
- Migrant/-innen und Deutsche nutzen gemeinsam gleiche Angebote
- Gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen findet statt
- Mehr Veranstaltungen interkultureller Art werden durchgeführt

Mögliche Maßnahmen

- Projekte, die Gemeinsamkeiten und gegenseitige Beeinflussung verschiedener Kulturen sichtbar machen und die die Zusammenarbeit zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund verstärken
- Verbesserung der Information über bestehende Angebote: Die Verwaltung pflegt die Daten (sowohl der Angebote als auch der Akteure) kontinuierlich, um den Informationsfluss zu sichern
- Austausch und Kommunikation der verschiedenen Kultureinrichtungen untereinander
- Einrichtung eines Begrüßungsbüros zur Verbesserung der Willkommenskultur
- Verbesserung der Serviceleistungen und Informationen für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere durch das Internationale Begegnungszentrum

¹⁸ Nationaler Integrationsplan, S. 19

- Ausbau musischer gemeinsamer Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche, z.B. durch das Konservatorium in Zusammenarbeit mit anderen Kulturinstitutionen
- Förderung des Austausches, der Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen kulturellen und religiösen Einrichtungen, insbesondere der interreligiösen Frauen-, Kinder- und Jugendarbeit
- Verbesserung der Angebotsübersicht und der Netzwerke, z.B. über Terminkalender, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Infoveranstaltungen

Strukturen und Netzwerke

Kulturvereine, Internationales Begegnungszentrum, Migrantenvertretung und Migrantenvereine, Kulturamt, Volkshochschule

Berichterstattung, Controlling

Kulturausschuss, Migrationsbeirat und Gemeinderat

4.3.2 Interreligiöse Begegnung

Ausgangslage

Um ihren Glauben zu leben, sind Menschen mit Migrationshintergrund in zahlreichen religiösen Gemeinden und Gemeinschaften beheimatet. Zum Teil bilden sich auch eigene Gemeinden mit spezifischem Kultur- und Sprachprofil. All diese Gemeinden leisten wichtige Integrationsarbeit. Darüber hinaus gibt es interreligiöse Dialoginitiativen, die gute Verbindungen zueinander und zu den einzelnen Religionsgemeinschaften pflegen. Dennoch erreichen diese Bemühungen um Dialog nur einen kleinen Teil der Karlsruher Bevölkerung.

Ziel

Der interreligiöse Dialog und die interreligiöse Begegnung werden auf allen Ebenen verstärkt, ebenso die Verankerung der religiösen Vielfalt im öffentlichen Leben und im Stadtbild, so dass Karlsruhe zur Modellstadt wird.

Indikatoren

Jeder Gemeinde bzw. Gemeinschaft stehen die ihren Bedürfnissen entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung.

Mögliche Maßnahmen

- Ein „Rat der Religionen“ bzw. ein oder mehrere „Runde Tische der Religionen“ werden eingerichtet
- Errichtung eines „Gartens der Religionen“ in Zusammenhang mit dem Stadtgeburtstag 2015
- In der Verwaltung existiert eine Ansprechperson für die Religionsgemeinschaften mit klar umrissenem Aufgabenfeld; Anliegen der Religionsgemeinschaften werden von den Fachämtern gemeinsam mit der Ansprechperson für Religionsgemeinschaften bearbeitet
- Unterstützung der religiösen Gemeinschaften und Gemeinden in ihren Bemühungen um Integration
- Förderung von interreligiösen Begegnungsmöglichkeiten auf gesamtstädtischer und stadtteilbezogener Ebene
- Einbeziehung der Religionsgemeinschaften in Integrationsbemühungen der Stadt

- Bau- und planungsrechtliche Möglichkeiten für religiöse Bauvorhaben (vor allem innerorts)
- Wertschätzung der religiösen Feste im öffentlichen Raum

Strukturen und Netzwerke

Kulturvereine, Internationales Begegnungszentrum, Migrantenvertretung und Migrantenvereine, Kulturredaktion, Gemeinden, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), Dachverband der muslimischen Gemeinden in Karlsruhe, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (GCJZ), Christlich islamische Gesellschaft (CIG), Arbeitsgruppe „Garten der Religionen für Karlsruhe“, Moscheengemeinden, islamische Vereine und Institutionen

Berichterstattung, Controlling

Kulturausschuss, Migrationsbeirat und Gemeinderat

4.3.3 Zugang zu Dienstleistungen

Ausgangslage

Migrantinnen und Migranten nehmen soziale Angebote, Betreuungsangebote und Beratungen in sehr unterschiedlichem Umfang an. Teilweise gibt es keine speziellen Angebote wie z.B. in der Notfallseelsorge oder in Konfliktberatungen. Der Erfolg von Maßnahmen und Diensten wird dadurch sehr erschwert.

Hier: Tabellen zur Inanspruchnahme von Diensten durch Migrantinnen und Migranten in Karlsruhe mit Grafik
 - Daten wurden bisher nicht erhoben -

Ziel

- Verbesserung des Zugangs zu sozialen und Betreuungsangeboten
- Unterstützung von Netzwerken in der Nachbarschaft

Indikatoren

Der Anteil der Migrantinnen und Migranten, die öffentliche Dienstleistungsangebote wahrnehmen, steigt.

Mögliche Maßnahmen

Lotsendienste/interkulturelle Mittlerinnen und Mittler

Strukturen und Netzwerke

Beratungsstellen, Volkshochschule Karlsruhe

Berichterstattung, Controlling

Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Migrationsbeirat und Gemeinderat

4.4 Gesundheit und Sport

4.4.1 Gesundheit

Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes, aktives Leben. Gesundheit ist, nach der bekannten umfassenden Definition der Welt-Gesundheits-Organisation, nicht die Abwesenheit von Krankheit, sondern ein körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden.¹⁹

Der gleichwertige Zugang zu Gesundheitsangeboten ist ein wesentliches Kriterium zur Integration. Hierzu zählen neben umfassenden Informationsangeboten der Beteiligten auch kultursensible Angebote bei der medizinischen Behandlung in Krankenhäusern bzw. im Rahmen der Pflege, aber auch die interkulturelle Öffnung der Regelversorgung. Angebote sollten inhaltlich wie organisatorisch an den Lebenswelten der Migrantinnen und Migranten ansetzen.

Für die Einrichtungen der Altenpflege bedeutet die demografische Entwicklung zudem, dass sie sich auf eine veränderte Zielgruppe einstellen müssen. Es gibt immer mehr ältere Menschen mit Migrationshintergrund, weshalb es einer kultursensiblen Altenpflege bedarf.

Ziele

Verbesserter Zugang zu (präventiven) Gesundheitsangeboten für alle (auch für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund)

Indikatoren

- Erhöhung der kultursensiblen Betreuungs- und Pflegeplätze im Seniorenbereich
- Die bestehenden Angebote sind bekannt und werden wahrgenommen

Mögliche Maßnahme

- Kultursensible Angebote speziell für ältere Migrantinnen und Migranten
- Mehrsprachige Aufklärungskampagnen im Bereich der Gesundheit wie z.B. Demenz, psychische Erkrankungen, rund um die Pflege
- Interkulturell geschulte Gesundheitslotsen
- Qualifizierung von Hilfskräften mit Migrationshintergrund im Pflegebereich
- Gezielte Berufsausbildungsförderungen: Seelsorgeausbildung, Psychotherapieausbildung und Ausbildung zum Psychologen/zur Psychologin für Migrantinnen und Migranten
- Bedarfe erheben, um passgenaue Angebote zu entwickeln; diese werden in verschiedenen Sprachen übersetzt; eine Dolmetscherliste wird zugänglich gemacht
- Verbesserung der Sprachfähigkeit von Fachkräften
- Niederschwellige Einstiegsqualifizierung (z. B. Pflegebegleiter, Schwesternhelferin)
- Sicherung der Überbrückungsversorgung (bis Anträge genehmigt sind)
- Koordinationsstelle als Anlaufstelle im Bereich Gesundheit zur Angebotsübersicht, Information und gezielten (Weiter-)Vermittlung in bestehende Angebote
- Netzwerk zur Angebotsübersicht

¹⁹Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007 (Hrsg.). Gesundheit und Integration. Ein Handbuch für Modelle guter Praxis

Strukturen und Netzwerke

Seniorenbüro, Pflegedienste, Gesundheitsämter, Verwaltung, Kranken- und Pflegekassen, Krankenhäuser, Träger von Seniorenheimen und Pflegediensten, medizinische Beratungsstellen, Migrationsberatungsstellen, Volkshochschule Karlsruhe

Berichterstattung, Controlling

Sozialausschuss, Migrationsbeirat, Seniorenbeirat, AR Städtisches Klinikum, Heimstiftung

4.4.2 Sport

Sport trägt in großem Maße dazu bei, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft freundschaftlich und fair begegnen. Sport wirkt somit als Integrationsmotor. Sport, individuelle Sportausübung, aber auch die ehrenamtliche Arbeit in Vereinen ist eine wichtige Voraussetzung für Gesundheit, Partizipation und Selbstbewusstsein.

Ausgangslage

In Baden-Württemberg haben 12,3 % aller Sportvereinsmitglieder einen Migrationshintergrund, d. h. verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (24,8 %) sind sie unterrepräsentiert.²⁰

Hier: Tabellen zur Mitgliederzahl von Migrantinnen und Migranten in Sportvereinen in Karlsruhe mit Grafik, ggf. differenziert nach Altersgruppen
- Daten wurden bisher nicht erhoben -

Ziel

Interkulturelle und geschlechtssensible Ausrichtung der Sportstätten /-vereine

Indikatoren

- Erhöhung des Anteils von ehrenamtlich tätigen Personen mit Migrationshintergrund
- Erhöhung des Anteils der Übungsleiter und -leiterinnen mit Migrationshintergrund
- Steigerung des Anteils der Mitglieder, vor allem in Bezug auf Mädchen mit Migrationshintergrund
- Die Integrationsarbeit ist in den Vereinen fest verankert und ausgebaut (Leitbild)

²⁰ Daten aus: Breuer 2008. Sportentwicklungsbericht

Mögliche Maßnahmen

- Gender- und kultursensible Angebote in den Vereinen
- spezielle Angebote zur Ausbildung von Übungsleiterinnen in Kombination mit Kleinkindbetreuung und Sprachförderung
- Differenzierte Statistik über Mitglieder, v. a. mit Migrationshintergrund
- Verstärkte Kooperation der Sportvereine mit Seniorenbüro zur Weiterentwicklung und Bekanntgabe der Angebote für Seniorinnen und Senioren
- Enge Zusammenarbeit des Projekts „Integration durch Sport“ mit den Vereinen
- differenzierte und bedarfsgerechte Angebote für Frauen in Vereinen (z.B. Fitnesscenter)
- Die Angebote der Sportvereine werden Kulturvereinen zugänglich gemacht
- (muslimische) Frauen ausbilden als Übungsleiterin im Schwimmbereich
- Migrantenvereine laden Krankenkassen ein zur Information über ihre Gesundheitsförderung

Strukturen und Netzwerke

Schul- und Sportamt, Sportkreis, Sportselbstverwaltung, Sportvereine, Migrantenvereine

Berichterstattung, Controlling

Sportausschuss, Migrationsbeirat und Gemeinderat

Impressum

Herausgegeben von Stadt Karlsruhe
Sozial- und Jugendbehörde (SJB)
Büro für Integration
Helmholtzstraße 9-11
76133 Karlsruhe
Internet: www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/bfi

Redaktion Büro für Integration

Layout Cindy Streek, Regina Heibrock, SJB

Druck Rathausdruckerei; Recyclingpapier

Stand Mai 2012